

Trumps Politik für die Evangelikalen

Die weissen Evangelikalen gehören zu den stärksten Anhängern von US-Präsident Donald Trump. 2016 stimmten 81 Prozent für ihn. In den USA gibt es etwa 62 Millionen Evangelikale, darunter auch nicht-weisse. Das entspricht einem Anteil von 25 Prozent an der Bevölkerung. Es ist die grösste Glaubensgruppe des Landes, noch vor Katholiken (22 Prozent) und anderen protestantischen Kirchen (15 Prozent).

Trump ernannte 200 Richter, darunter zwei für den Obersten Gerichtshof

Die weissen Evangelikalen sehen in Trump den Präsidenten, der ihre wichtigsten Anliegen vertritt und durchsetzt: Abtreibung erschweren – eine eindeutige Pro-Israel-Politik - Ernennung von konservativen Richtern: Trump besetzte in den letzten Jahren 200 der 850 Stellen von Bundes-, Bezirks- und Berufungsrichtern neu. Durch zwei Ernennungen für den Obersten Gerichtshof gelang es ihm in dem höchsten Gericht eine konservative Mehrheit zu schaffen. Ein Anliegen, das den Evangelikalen besonders wichtig war. Dass Trump so viele Richterstellen besetzen konnte, lag auch daran, dass die republikanische Mehrheit im Senat Richterernennungen unter Präsident Obama blockierte.

Nur wenige Monate im Amt, erliess Trump eine Anordnung zur «Förderung der freien Rede und der religiösen Freiheit». Bis dahin empfanden viele evangelikale Gläubige die Politik von Präsident Obama als Angriff auf ihren Glauben und ihre Werte.

Weiter konnte Trump bei den Evangelikalen mit seiner Politik gegen Einwanderung und einen Bann für Einreisen von Muslimen punkten. Die Möglichkeiten zur Abtreibung wurde zurückgedrängt, Rechte von Nicht-Heterosexuellen wurden eingeschränkt.

Trumps Pro-Israel-Politik

Schliesslich stellte sich Trump demonstrativ an die Seite Israels, erkannte Jerusalem nicht nur theoretisch als Hauptstadt an, sondern verlegte im März auch die US-Botschaft dorthin. Er erkannte die Souveränität Israels über die Golanhöhen an, die Israel 1968 von Syrien eroberte, und stellte sich unerbittlich und konfrontativ gegen den Iran. Zudem lehnte er es ab, weiter für eine Zwei-Staaten-Lösung im Blick auf Israel und einen Palästinenser-Staat einzutreten.

Was Trump mit Religionsfreiheit meint

Donald Trump fordert immer wieder Religionsfreiheit in den USA ein. Die Kirchen sollten frei reden und handeln dürfen. Das ist zwar in den USA möglich, aber er meint damit etwas ganz Bestimmtes: Trump würde es den Gemeinden und christlichen Organisationen gerne ermöglichen, sich in den Wahlkampf einzumischen.

Kirchengemeinden als Unterstützer für Parteien und Kandidaten

Dies verbietet das sogenannte Johnson Amendment von 1954, das auf den demokratischen Politiker und späteren Präsidenten Lyndon B. Johnson zurückgeht. Es verbietet allen als gemeinnützig anerkannten Organisationen, sich aktiv am Wahlkampf zu beteiligen, also sich für oder gegen einen Kandidaten auszusprechen oder Wahlkampagnen finanziell oder auf anderem Wege zu unterstützen. Organisationen, die dies nicht beachten, verlieren ihre steuerlichen Vorteile. Im Kern geht es also um ein Verbot der politischen Werbung. Fiele dieses Verbot weg könnten Gemeinden für Politiker und Parteien spenden und von der Kanzel aus partei-politisch zu äussern und Empfehlungen für die Wahl geben.

Für christliche Leiter eine Fessel

Für etliche christliche Leiter in den USA ist das Versprechen von Donald Trump, das Johnson Amendment zu beseitigen, wichtig. Denn es gibt einige unter ihnen, die sich politisch stärker betätigen wollen und deshalb die gesetzliche Regelung als Fessel ansehen. Für sie widerspricht die Regelung dem Verfassungsgrundsatz der Meinungs- und vor allem der Religionsfreiheit.

Grosse Chancen hat dieses Vorhaben nicht, denn es steht gegen den Verfassungsgrundsatz der Trennung von Kirche und Staat. Bisher blieb es bei der Forderung Trumps, die er aber immer wieder äussert, vor allem vor evangelikalem Publikum.